

Perspektiven sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik – 27.11.06

Peer Steinbrück

Lieber Kurt Beck, lieber Hubertus Heil, liebe Gäste, liebe Genossinnen und Genossen!

Soziale Gerechtigkeit, meine Damen und Herren, liebe Gäste, steht nach wie vor im Mittelpunkt des Empfindens, auch des Erstrebens von vielen Menschen. Deshalb wäre die Sozialdemokratische Partei Deutschlands geradezu schlecht beraten, wenn sie nicht versuchen würde, ihr sozialpolitisches Profil weiter zu entwickeln und sich als Anwalt dieser Erwartungen und dieser Interessen zu definieren.

Es gehört allerdings zu manchen Fehlschlüssen - auch von Umfragen, die wir bezüglich der Bewertung von Kompetenzprofilen gelegentlich hören -, dass Wirtschaftspolitik für die Sozialdemokraten eher eine lästige, eher eine vernachlässigbare Angelegenheit sei. Das ist sie nicht und das wird sie auch in Zukunft nicht sein. Wirtschaftspolitik ist für Sozialdemokraten ein herausragend wichtiges Politikfeld, das sich ja auch mit großen Namen verbindet, wie Sie wissen. Denken Sie zurück an Alex Möller, an Karl Schiller, an Helmut Schmidt, auch an Gerhard Schröder, und denken Sie daran, dass die Sozialdemokratie in verschiedenen Bundestagswahlen dann am ehesten starke, wenn nicht ihre besten Ergebnisse erzielt hat, wo sie dieses sozialpolitische Profil mit einem wirtschaftlichen Kompetenzprofil hat verbinden können – 1969, 1972, 1998 und auch 2002.

Nicht erst seit heute ist sozialdemokratische Wirtschaftspolitik immer auch gesellschaftspolitische Herausforderung für uns. Mehr als das: Wir wollen die gesellschaftlichen Konsequenzen der Wirtschaftspolitik mit einbeziehen. Das heißt, das, was ich Ihnen – soweit Sie nicht naturgeborene Sozialdemokraten sind – anbieten möchte, lautet: Das Alleinstellungsmerkmal der SPD ist, dass sie beides erreichen will: Auf der einen Seite auf der Höhe des wirtschaftlich-

technischen Wandels zu sein, um darüber Wohlstand und soziale Wohlfahrt zu sichern, was wichtig genug ist vor dem Hintergrund des sich verändernden Wettbewerbs weltweit. Aber zweitens eben auch die - sehr umgangssprachlich formulierte - Frage zu beantworten: „Wie halte ich diese Gesellschaft zusammen?“ Beides zusammen zu denken und zu betreiben, das ist das Angebot der SPD. Wenn Sie sich konkurrierende Politikmuster oder auch Parteien ansehen, werden Sie feststellen, dass entweder das eine oder das andere überbetont ist.

Es gehört für uns dann allerdings dazu, dass wir auch bei der wirtschaftlich-technischen Entwicklung „auf der Höhe der Zeit sind“, um aus der letzten Reden von Willy Brandt als Parteivorsitzendem zu zitieren. Auf der Höhe der Zeit zu sein, das ist der Anspruch und das ist zugleich die Erwartung innerhalb und außerhalb der SPD an unser neues Grundsatzprogramm. Und nach meinem Eindruck steigen diese Erwartungen sogar. Sie steigen in einer Zeit, in der Globalisierung durchaus als ambivalenter wahrgenommen wird, als dies noch vor einigen Jahren diskutiert worden ist. Deshalb ist es sehr wichtig, dass wir dieses neue Grundsatzprogramm zusammen mit vielen Menschen debattieren, auch streitig, die uns etwas zu sagen haben, die auf der einen Seite mitten im Alltag stehen, aber auf der anderen Seite Visionen noch nicht verloren haben.

Das neue Grundsatzprogramm der SPD wird sich deshalb intensiv mit der Frage beschäftigen müssen, wie wir erstens Wachstum, ein höheres Potenzialwachstum, zweitens einen breit abgesicherten Wohlstand und die Teilhabe an der Wohlstandsentwicklung, und drittens die gesellschaftliche, die soziale Stabilität sichern können. Alle drei Fragen müssen wir beantworten unter den Bedingungen, die sich stramm unterscheiden gegenüber den Zeiten, als wir auf der Wegstrecke zum Berliner Programm Ende der 80er Jahre kurz vor der Wiedervereinigung waren.

Diese Bedingungen haben sich verändert. Ich will auf die einzelnen Komponenten aus Zeitgründen gar nicht eingehen, aber eine der wichtigsten

Einflussgrößen, die sich seitdem geändert haben, ist die Globalisierung. Über die Ambivalenz habe ich schon gesprochen, und ich glaube, dass die SPD gut daran tut, sich mit den Erscheinungsformen der Globalisierung und mit den dynamischen Entwicklungen in anderen Weltregionen intensiver auseinander zu setzen, als wir es bisher gemacht haben.

Es gibt eine ganze Reihe von Weltregionen, in denen eine ungeheuerliche Wachstumsdynamik entfaltet wird, die fast an die 1950er und 1960er Jahre in Deutschland erinnert. Es werden hohe Investitionen getätigt, um zum Beispiel im Bereich des Luftverkehrs, der Hafenwirtschaft oder beim Aufbau von Finanzzentren Gewicht und Attraktivität zu gewinnen, was erkennbar Warenströme, Kapitalströme, Know-how-Ströme anziehen soll, teilweise auch in kapitalistischen Mustern, die uns relativ fremd sind, die bestimmt nicht zu kopieren und einfach zu übertragen sind auf die Bundesrepublik Deutschland – aber diese Prozesse überall auf der Welt passieren, sie finden statt.

Und die Annahme, diese Prozesse - z. B. in den Vereinigten Arabischen Emiraten, in Teilen von China, in Australien, was wir kaum im Blick haben, in Singapur - seien irrelevant für die Fragestellung, wie wir in Deutschland in der Perspektive der nächsten zehn bis 20 Jahre Wohlstand und Wohlfahrt organisieren und gewährleisten können, oder vernachlässigbar, die ist falsch und fatal. Diese Prozesse berühren uns, unabhängig davon, wie wir sie im Einzelnen bewerten, unabhängig davon, ob wir sie für gut oder für schlecht halten, unabhängig davon, welchen ordnungspolitischen Modellen sie folgen.

Gelegentlich habe ich den Eindruck, dass zum Beispiel der SPD-Unterbezirk Bonn, in dem ich zu Hause bin, den Eindruck haben könnte, er könnte diese Dynamik in den Vereinigten Emiraten oder in Shanghai mitbestimmen. Das ist ein Irrtum. Das wird die dort relativ unbeeindruckt lassen. Aus derselben Rede, die ich eben genannt habe, stammt übrigens ein anderes Zitat von Willy Brandt: „Die SPD ist keine Weltmacht.“ Die Vorstellung, wir könnten auf diese Erscheinungsformen der Globalisierung alleine Einfluss nehmen, ist einer der Irrtümer, die wir auch in der Formulierung dieses Grundsatzprogramms

vermeiden sollten, weil wir den Menschen etwas versprechen, was wir nicht halten können.

Dass wir diese Erscheinungsformen nicht devot einfach zur Kenntnis nehmen sollten, dass wir uns nicht ergeben sollten, will ich genauso bestimmt hinzufügen, damit ich nicht missverstanden werde. Das erfordert allerdings nach Lage der Dinge, dass die Bundesrepublik Deutschland sich mehr denn je auf der Ebene engagiert und einbringt, wo das international am ehesten zu organisieren ist, also nicht mehr in nationalstaatlichen Alleingängen, sondern nur noch in internationalen, supranationalen Einrichtungen. Wenn wir auf die Spielregeln weltweiter Austauschbeziehungen und Wirtschaftsentwicklungen Einfluss nehmen wollen, dann spielt Europa, dann spielt die Europäische Union, dann spielt die Euro-Gruppe eine immer größere Rolle.

Die soziale Marktwirtschaft ist aus unserer Sicht nach wie vor, meine Damen und Herren, liebe Gäste, das ordnungspolitische Modell, das am besten zu unserem Land und zu unseren Menschen passt. Deshalb trete ich dafür ein, dieses Modell zu verteidigen, und mehr als das: Ich glaube, wir sind gut beraten, dieses Modell zu modernisieren und es damit auch zu einem überzeugenderen Entwurf zu machen gegenüber anderen konkurrierenden ordnungspolitischen Modellen.

Ich trete deshalb allerdings auch solchen Empfehlungen und Agitationen entgegen, die da lauten, wir müssten devot einen weltweit zunehmend herrschenden Vulgärkapitalismus akzeptieren. Wir müssen es nicht! Wir müssen es keineswegs!

Umgekehrt, wenn wir dieses Sozialstaatsmodell, dieses spezifische Gesellschaftsmodell, das sich so lange Zeit in der Nachkriegsentwicklung bis heute bewährt hat, aufrecht erhalten wollen, dann müssen wir uns eingestehen, dass es auch einige Varianten anderer europäischer Sozialstaatsmodelle oder Entwicklungen gibt, die seit Jahren besser in der Lage sind, wirtschaftliche Dynamik, hohe Beschäftigung und soziale Sicherheit effektiver miteinander zu

verbinden, als wir das tun. Diese Selbstkritik sollte erlaubt sein unter der Überschrift, dass wir unser Modell erhalten und ausbauen wollen.

Ich finde es bemerkenswert, dass in Schweden bei den sozialen Dienstleistungen oder bei der Gesundheitsprävention spürbar bessere Erfolge erzielt werden als in der Bundesrepublik Deutschland. Ich finde es bemerkenswert, dass die Politik der Arbeitsvermittlung in Dänemark erkennbar deutlich besser läuft als in der Bundesrepublik Deutschland. Ich finde es bemerkenswert, dass die Bildungsqualität in Finnland höher ist als in der Bundesrepublik Deutschland. Und ich sehe z. B., dass die Wachstumsraten in Norwegen, in Finnland, in den Niederlanden, auch im Vereinigten Königreich höher sind als in der Bundesrepublik Deutschland. Und ich frage mich, warum das der Fall ist.

Noch einmal: Ich will damit nicht sagen, dass wir alles selbst aus diesen benachbarten europäischen Regionen 1:1 auf Deutschland übertragen können. Eine 80-Millionen-Gesellschaft ist eben in ihren Ausdifferenzierungen, in ihrer Komplexität etwas anders zu betrachten als eine finnische Gesellschaft mit vielleicht fünf Millionen Menschen. Aber wir sollten gelegentlich darüber nachdenken oder die Tatsache kritisch beleuchten, dass wir in Deutschland nicht zu wenig Geld ausgeben für Sozialausgaben. Wenn wir von 270 Mrd. Euro im Bundeshaushalt 140 Mrd. Euro für soziale Zwecke ausgeben und wenn 70 Cent von jedem Steuer-Euro, den wir einnehmen, für soziale Zwecke ausgegeben werden, dann wird man nicht davon reden können, dass der Bundeshaushalt soziale Kälte ausstrahlt.

Die entscheidende Frage, die mich – mit Blick auf die Erhaltung dieses Sozialstaates – mehr denn je beschäftigt, ist die Frage: Geben wir das Geld richtig aus?

Auch wir als Sozialdemokratie unterliegen gelegentlich dem Irrtum, dass schon die Bedienung einzelner Haushaltstitel mit Geld bereits ein politischer Erfolg sei und die Zwecke und Ziele erreicht, die damit verbunden sind. Stärker über die

Effizienz, über die Effektivität dessen nachzudenken, was wir über Steuern und Abgaben einnehmen, um es dann den von uns gewünschten Zielen und Zwecken zuzuordnen, ist eine der wichtigsten Auseinandersetzungen im Rahmen der Wirtschaftspolitik, Finanz- und Haushaltspolitik, der wir uns in diesem Grundsatzprogramm stellen sollten.

Ich gebe Ihnen ein anderes, ein unverdächtigeres Beispiel: Je nach Abgrenzung werden in Deutschland von Bund und Ländern pro Jahr 80 bis 130 Mrd. Euro für die Familienförderung ausgegeben – eine unvergleichlich hohe Summe wie übrigens der Sozialhaushalt gegenüber anderen europäischen Ländern auch. Die entscheidende Frage ist: Kommt das Geld dort an, wo wir das gern wollen, und mit der Effizienz, die wir gerne wollen? Die Antwort lautet, jedenfalls in einer kritischen Betrachtung: unzureichend, jedenfalls nicht gut genug.

Über die Notwendigkeit, unsere soziale Marktwirtschaft zu erneuern, dürfen wir uns gelegentlich bei den augenblicklich guten Nachrichten über Wachstum, Steuern, auch der Arbeitsplatzentwicklung, die zum ersten Mal seit Jahren erfreulich ist, nicht täuschen lassen. Eine ehrliche Bestandsaufnahme lautet nach wie vor: Eine Reihe struktureller Defizite sind keineswegs behoben. Ich deutete schon an, dass wir uns zum Beispiel kritisch mit der Frage zu beschäftigen haben, warum das Wachstumspotenzial in der Bundesrepublik Deutschland geringer ist als in europäischen Nachbarstaaten.

Wir haben es trotz enormer politischer und finanzieller Anstrengungen im Bereich der Arbeitsmarktpolitik immer noch nicht geschafft, die strukturelle Arbeitslosigkeit in Deutschland deutlich zu reduzieren. Trotz mancher Konsolidierungserfolge steigt die Staatsverschuldung weiter. Oder: Obwohl wir, wie ich vorhin sagte, von jedem eingenommenen Steuer-Euro 70 Cent für Soziales ausgeben, separiert sich diese Gesellschaft und entwickelt sich eher auseinander, als dass die Fliehkräfte gebändigt werden können. Und schließlich haben wir es mit einer demografischen Entwicklung zu tun, die ich umso erfreulicher empfinde, je älter ich werde und über die ich keineswegs zu

jammern beginne. Aber wir wissen, dass wegen dieser demografischen Entwicklung und die spezifische Art und Weise, wie wir unser soziales Sicherungssystem finanzieren, dieses soziale Sicherungssystem in seinen finanziellen Grundlagen zumindest gefährdet ist.

All dies sind erhebliche Risiken und Bremsen für unseren Wohlstand, für all das, wofür die soziale Marktwirtschaft seit den 50er Jahren steht und wofür die deutsche Sozialdemokratie schon sehr viel länger gekämpft hat. Wobei die deutsche Sozialdemokratie für viele Errungenschaften unmittelbare Mitverantwortung und Verdienste hat.

Dem Tenor von Kurt Beck folgend will ich, wenn ich den Finger hier auf die Wunden lege, nicht versäumen, die eigenen Stärken zu betonen. Auch mir fällt auf, dass in der Rückbetrachtung der letzten drei, vier Jahre die sadomasochistischen Qualitäten in Deutschland Blüten geschlagen haben. Daran war nicht nur die Politik beteiligt. Daran sind auch politische Kräfte beteiligt und auch manche kurzsichtigen Verbandsinteressen. Dem einen Riegel vorzuschieben wäre ganz gut. Gelegentlich habe ich den Eindruck, wir Deutschen haben es sehr schwer, zu einer Balance in der Beurteilung von uns selbst zu kommen, sowohl bei den Stärkeprofilen wie bei den schwachen Momenten, die wir haben. Diese Balance einzufordern, wäre ein erster Ansatz, mit einem etwas größeren Common Sense auch über Politik und Programme in Deutschland zu reden.

Wenn wir also um uns herum gucken, dann gibt es keinerlei Anlass, uns zu verstecken, unbenommen der Punkte, auf die ich kritisch hingewiesen habe. Die deutsche Wirtschaft, die deutschen Unternehmen haben ihre Wettbewerbsfähigkeit in den letzten Jahren fantastisch verbessert. Anders wären die Exportaktivitäten überhaupt nicht zu erklären.

Es haben übrigens zu dieser Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit auch deutlich verbesserte Lohnstückkosten beigetragen. Das bedeutet, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und ihre Gewerkschaften über moderate

Tarifverträge zu dieser Entwicklung maßgeblich beigetragen haben. Das darf gelegentlich erwähnt werden.

Umgekehrt haben diese moderaten Tarifverträge natürlich dazu geführt, dass in manchen Bereichen die realen Nettolöhne und Gehälter in den letzten sechs Jahren keineswegs gestiegen, sondern teilweise gesunken sind. Und wenn sich einige fragen, warum sich denn die inländische Nachfrage in den letzten drei, vier Jahren so schlecht entwickelt hat, gibt es hier wohl eine Korrelation, die in der wirtschaftspolitischen Debatte auch nicht ausgeblendet werden sollte.

Deshalb halte ich sehr viel davon, wenn der Parteivorsitzende der SPD einen Vorstoß macht, vielleicht sogar im Konvoi mit denjenigen, die sich in letzter Zeit auch dafür ausgesprochen haben, inwieweit Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer stärker am Produktivvermögen beteiligt werden könnten, um auf diesem Wege – direkt oder indirekt – ihre materielle Situation weiter zu verbessern.

Es gibt andere Bereiche, wo uns von vielen – eher im Ausland angesiedelten – Protagonisten bestätigt wird, dass viele der zentralen Standortfaktoren in der Bundesrepublik Deutschland Spitze sind. Zum Beispiel das Weltwirtschaftsforum weist aus, dass das Justizwesen den höchsten Schutz an Eigentumsrechten in der Bundesrepublik Deutschland ausweist - ein nicht gerade geringer Vorteil. Für Investoren ist es ja nicht ganz unwichtig, entweder einen sehr beständigen „legal framework“ zu haben wie in Deutschland oder ein ganz anderes Niveau. Das können die sich ja aussuchen. Oder eine hervorragende Wettbewerbsaufsicht oder, was ebenfalls in der Rede von Kurt Beck schon eine Rolle spielte, Produkt- und Verfahrensstandards, die Märkte öffnen, und zwar Märkte in einer anderen Dimension, als wenn sie diese Verabredung nicht hätten. Oder auch die Innovationskraft der Unternehmen oder auch die Mitarbeiterqualifikation. Ich könnte das fortsetzen bis hin zur hohen Quantität und Qualität der Infrastruktur – alles Standortfaktoren, die in der Betrachtung Deutschlands gelegentlich eine größere Rolle spielen dürften.

Es gibt jedenfalls gute Gründe, um die notwendigen Reformen mit einem gewissen Selbstbewusstsein - aber ohne Überheblichkeit - und Engagement anzugehen, vor allem deshalb, weil wir Sozialdemokraten in manchen Bereichen weitgehend die Grundlagen mitgeschaffen haben. Ich will daran erinnern, dass ein Teil der aktuellen Entwicklung in diesem Jahr 2006, jedenfalls in meiner Beurteilung, die späte Rendite eines Kurses ist, den Gerhard Schröder mit der Agenda 2010 eingeläutet hat und der ja hoch umstritten war und manche Wahl hat verloren gehen lassen. Und ich weiß genau, wovon ich rede.

Richtig ist, dass immer mehr Menschen heute die Frage stellen: „Was kann der Staat, was kann die Politik überhaupt noch tun, damit ich einen Job bekomme oder damit ich meinen Job behalte, damit nicht ein sehr unpersönlicher, ein sehr anonymer, weltweit tobender grenzenloser Markt über meine Lebenschancen entscheidet?“ Das ist exakt die Krux, vor der wir stehen.

Um es aus meiner Sicht auf einen Nenner zu bringen: Eine traditionsreiche - nicht alte, nach wie vor junge, aber sehr traditionsreiche - Partei wie die SPD, die sich ein neues Programm zu geben versucht, tut das als eine nationale Partei in einer Zeit, in der die Reichweite nationaler Politik relativ begrenzt ist. Das ist eine Schwierigkeit, vor der die Formulierung dieses Grundsatzprogramms steht. Und das ist eine andere Qualität als die Debatte, die wir über den ersten Entwurf zu dem Programm von 1989 gehabt haben.

Unsere erste Antwort auf diese Frage, was die Politik auch in der nationalen Reichweite oder in Ergänzung dessen kann, was sie dann auf einer internationalen Ebene auch für Deutschland, auch für Europa insgesamt bewerkstelligen muss, lautet: Die Erneuerung der sozialen Marktwirtschaft wird nur gelingen, wenn das Primat der Politik gilt.

Ich sage deshalb sehr bestimmt vor dem Hintergrund langjähriger Erfahrungen und Lektüre, die ich vor meinem Auge habe und die nichts anderes als die Diskreditierung des Staates im Sinn haben, dass wir einen handlungsfähigen

Staat brauchen und dass der Staat und nur der Staat die Kraft und die Macht hat, Rahmenbedingungen für erfolgreiches Wirtschaftswachstum, für mehr Beschäftigung zu setzen. Ich will nicht in Widerspruch geraten zu dem, was ich sagte. Ich weiß, dass der Nationalstaat dabei in seinen Möglichkeiten eingegrenzt ist, teilweise freiwillig durch die europäische Integration, durch das aktive Mitwirken im europäischen Binnenmarkt, teilweise unfreiwillig über manche Erscheinungsformen im Zuge der Globalisierung. Aber letztendlich entscheiden wir selbst darüber, meine Damen und Herren, wie stark der Staat heute noch sein soll, um seine Aufgaben zu erfüllen und sich in die einschlägigen internationalen Gremien einzubringen, wo man mitbestimmen kann, was weltweit geschieht.

Ich füge deshalb an dieser Stelle auch hinzu: Es gibt kein globalisierungstaugliches optimales Maß für die staatliche Tätigkeit, für die Staatsquote in Zeiten der Globalisierung. Es gibt Staaten mit einer sehr hohen Staatsquote, wie z. B. Schweden oder Finnland, die sehr erfolgreich sind, und es gibt Staaten mit einer sehr niedrigen Staatsquote, z. B. Australien oder die USA, die ebenfalls erfolgreich sind. Das heißt, dieser Streit darüber führt ins Uferlose, weil sich empirisch nicht belegen lässt, welcher Pfad der erfolgreichere oder der schlechtere ist. Es gibt kein optimales Maß für die Staatsgröße, sondern es gibt eine unterschiedliche Bereitschaft der jeweiligen Gesellschaften, mit Steuern und Abgaben das zu leisten, was sie an staatlicher Leistungsbereitstellung haben wollen.

Da gibt es allerdings gewisse Widersprüche. In den USA ist auf der einen Seite die Bereitschaft, Steuern und Abgaben zu bezahlen, sehr gering ausgeprägt, aber die Erwartung an die staatliche Leistungsbereitstellung ist ebenfalls sehr gering. In Schweden gibt es eine hohe Bereitschaft der Bürgerinnen und Bürger, über Steuern und über Abgaben sich zu beteiligen, aber es gibt auch eine hohe Erwartung an die staatliche Leistungsbereitstellung.

Die Krux in Deutschland ist: Es gibt eine sehr geringe Bereitschaft, Steuern und Abgaben zu bezahlen, aber es gibt eine sehr hohe Erwartung an die staatliche Leistungsbereitstellung. Das passt bei uns nicht so genau zusammen.

Ich will auch noch einmal darauf zurückkommen, welche Funktion der Staat hat. Ich glaube, Märkte brauchen faire Regeln, damit sie funktionieren. Ich glaube, man braucht einen handlungsfähigen Staat, um den ordnungsrechtlichen Rahmen zu setzen. Eine funktionierende soziale Marktwirtschaft braucht einen Dreiklang aus wettbewerbsfähigen Unternehmen, einer gut qualifizierten und leistungsbereiten Arbeitnehmerschaft und einen wirtschaftspolitisch handlungsfähigen Staat. Dafür müssen wir uns alle anstrengen.

Wer heute allerdings behauptet, es ginge ohne Anstrengungen, der wird die Perspektiven auf das Halten des Wohlstandsniveaus und das Halten des Niveaus der sozialen Wohlfahrt verspielen. Das ist mein Vorwurf an die Populisten, egal, wo sie sitzen. Sie tun so, als ob wir dieses Niveau ohne Anstrengungen erhalten können. Sie tun gelegentlich auch so, als ob man nur mehr Geld in das Arteriensystem dieses Staates pumpen müsste und alles wird besser. Das führt mich zurück zu der Frage, die ich vorhin schon stellte. Allein das Pumpen von Geld in dieses Arteriensystem, in dieses System sehr ausgeprägter filigraner Transferwege, wird nicht ausreichen, sondern wir werden uns mehr denn je mit der Frage zu beschäftigen haben, was schließlich dabei heraus kommt, was dabei bewirkt wird.

Es ist heute sehr schwer, einen Arbeitsplatz zu finden. Teilweise ist es alles andere als einfach, überhaupt einen Arbeitsplatz zu halten. Und die unangenehme Nachricht lautet: Dies wird sich so schnell nicht ändern. Der Staat, auch die Politik, wird darauf keine Garantie geben können, so sehr die Sehnsucht der Menschen darauf gerichtet ist, dass der Staat dies tun sollte. Das heißt also, es bleibt uns nichts anderes übrig, als den Menschen bei diesem täglichen Kampf um ihre materiellen Grundlagen zu helfen, ohne dass wir ihnen versprechen können, dass alles so bleibt, wie es ist.

Eine der wesentlichen Voraussetzungen, ihnen zu helfen, einer der Schlüsselbegriffe, der bei Kurt Beck auch schon vorkam, lautet: Bildung und Qualifikation. Das spielt eine herausragende, eine entscheidende Rolle. Deshalb sage ich Ihnen an dieser Stelle auch aus der Sicht eines Finanzpolitikers, der allerdings ungern nur das Image des Ärmelschonertypen hat oder desjenigen, der mit Ratzefummel und Bleistift arbeitet: Wenn es je - und ich hoffe, es gibt sie - Spielräume gibt, mit öffentlichem Geld Leistungen zu erbringen, dann ist die erste Priorität Bildung und die zweite Bildung und die dritte Bildung, und zwar in jedweder Art und Weise.

Ich meine dabei nicht nur schulische Bildung, damit ich nicht missverstanden werde, sondern die gesamte Bandbreite. Es fängt an bei der vorschulischen Bildung. Es fängt an bei den Sprachkenntnissen, damit man mit ausreichenden Deutschkenntnissen in die erste Klasse, in den ersten Jahrgang, hinein kommt. Und dies erstreckt sich nicht nur auf die Kinder mit Migrationshintergrund, sondern zunehmend – mit Blick auf die Fliehkräfte und, fast hätte ich gesagt, auch die Dequalifizierung, die stattfindet – auch auf deutsche Familien bzw. ihre Kinder.

Eine weitere wichtige Weichenstellung ist eine robustere Finanzierung unserer sozialen Sicherungssysteme. Ich will darauf in extenso im Augenblick nicht eingehen, sondern möchte auch aus meiner Sicht noch einmal bestätigen, dass eine der Schwierigkeiten unseres sozialen Sicherungssystems im Vergleich zu skandinavischen sozialen Sicherungssystemen die Art der Finanzierung ist, die bei uns zu 60 % abgabenfinanziert, zu 40 % steuerfinanziert ist. In den skandinavischen Ländern dürfte es eher 70 % steuerfinanziert, 30 % abgabenfinanziert sein. Was sind die Unterschiede?

Die Unterschiede sind völlig andere Verteilungseffekte und eine Entkopplung von der Entwicklung sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungsverhältnisse, was bei den bunteren und fragmentierteren Berufsbiographien, die wir in Deutschland haben, von entscheidender Bedeutung ist, um die finanziellen Grundlagen dieses sozialen Sicherungssystems zu erhalten. Deshalb finde ich

es richtig, dass in unserem Impulspapier und in weiteren Papieren davon die Rede ist, dass die SPD schrittweise zu einer stärkeren Steuerfinanzierung unserer sozialen Sicherungssysteme übergehen will. Das ist in meinen Augen richtig.

Der dritte Punkt nach Bildung und nach der robusteren Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme ist die Erhöhung von öffentlichen Investitionen. Hier will ich darauf hinweisen, dass hierbei von entscheidender Bedeutung die Finanzausstattung der Kommunen ist. Warum? Weil 60 % der öffentlichen Investitionen von Kommunen vorgenommen werden, und dies in einem Radius, der insbesondere für das örtliche Gewerbe, für das Handwerk, das ebenfalls schon eine erhebliche Rolle spielte, von einer entscheidenden Bedeutung ist.

Deshalb sage ich an dieser Stelle: Ich freue mich, dass auch – übrigens unter maßgeblicher sozialdemokratischer Mitwirkung in der letzten Legislaturperiode – etwas gemacht worden ist, was die Finanzausstattung der Kommunen erkennbar erhöht und deutlich verbessert hat. Wir haben zum dritten Mal hintereinander eine Rekordeinnahme bei den Gewerbesteuern für die Kommunen. Ich füge in Parenthese hinzu: Wenn sich der Bundeshaushalt ähnlich günstig entwickelt hätte wie die Haushalte der Kommunen, dann würde ich jetzt hier anfangen zu tanzen.

Meine Damen und Herren, das alles zusammen zu bekommen mit der Notwendigkeit einer soliden Haushaltsführung, mit der Konsolidierung auch der Staatsfinanzen, wird nicht ganz leicht sein. Wir wissen nach wie vor, dass wir hier eine offene Flanke haben, in der ich nicht herumbohren will, weil das sonst zu stark pro domo für das eigene Amt gesprochen wäre. Aber ich möchte Ihnen noch einmal in Erinnerung rufen, was es für kommende Generationen heißt, dass wir es mit einer Verschuldungssumme von 1.500 Mrd. Euro Schulden zu tun haben und dass der Bundeshaushalt nach wie vor fast das Doppelte für Zinsen zu zahlen hat gegenüber dem, was wir investieren. Ich will sagen: Nach wie vor überwiegt in diesem Bundeshaushalt die Vergangenheitsfinanzierung

gegenüber der Zukunftsfinanzierung. Das heißt, hier hat sich noch nichts geändert.

Es ist gelegentlich schwierig, eine Debatte darüber zu führen, den Gegenwartskonsum zugunsten von Zukunftsvorsorge, zugunsten von Zukunftsinvestitionen, zu reduzieren. Diese Debatte kann man führen, wenn man konkret wird und dann wird sie unangenehm.

Wenn ich im Sommer diesen Jahres gesagt hätte: „Vielleicht sollten sich die deutschen Bürgerinnen und Bürger darauf einstellen, ihren Gegenwartskonsum zu überprüfen und eher auf Zukunftsinvestitionen zu achten, auf Zukunftsvorsorge für Alter, Pflege und Gesundheit“, hätte das kein Mensch verstanden, weil das wieder so ein Politikersatz gewesen wäre nach dem Motto: Eine gute Grundlage ist die beste Voraussetzung für eine solide Basis, meine Damen und Herren – alles klar?

Aber in dem Augenblick, wo einer sagt, vielleicht schaffst du das nächste Mal keinen Neuwagen an, sondern einen Gebrauchtwagen oder du gehst sogar an deinen Urlaub heran, um für Alter, Pflege und Gesundheit zu sorgen, rauschen die Empörungswellen hoch. Das ist die Erfahrung. Genauso schwierig ist auch, andere Maßnahmen zu vermitteln, die schwer zu schlucken sind für die Sozialdemokratie, wenn es darum geht, etwas für die Zukunft zu tun zu Lasten von Gegenwartskonsum oder etwas zu tun, was Wachstumsdynamik entfachen könnte.

Das schlägt sich dann durch bis in den Wertigkeiten, in die Ausrichtung der SPD, dass eine Unternehmenssteuerreform mit einer Anfangsentlastung für deutsche Unternehmen eine Investition in die Zukunft dieses Landes sein könnte, weil ich darüber Steuerbasis in Deutschland erhalte und nicht abschwirren lasse. Das ist exakt die Debatte, die wir im Augenblick haben. Ich will darauf nicht näher eingehen, sondern will Ihnen nur sagen, dass es in den Niederungen des politischen Alltags gelegentlich sehr schwer sein kann, aus diesem Spagat, auch aus diesen Widersprüchen, herauszukommen.

Das gilt dann auch bezogen auf andere Dinge, die für die SPD sehr schwierig anzunehmen sind, z. B. die Logik von Finanzmärkten, die Bedeutung von Finanzplätzen auch in der Bundesrepublik Deutschland. Finanzmarktaktivitäten in der Bundesrepublik Deutschland, Finanzmarktdienstleistungen, meine Damen und Herren, liebe Genossinnen und Genossen, spielen inzwischen wirtschaftspolitisch gesehen eine größere Rolle als die Automobilindustrie und der Maschinenbau zusammen. Wenn wir uns nicht darum kümmern, dann kümmern sich andere darum. Wenn wir nicht versuchen, die damit verbundene Wertschöpfung in Deutschland zu halten, indem wir uns auch diesen teilweise schwierigen Prozessen öffnen, sie prüfen, auch dort eingreifen, wo wir den Eindruck haben, dass etwas falsch läuft, dann läuft es an uns vorbei. Dann machen es andere. Dann findet dies auch nicht in Deutschland, sondern woanders statt.

Wenn ich nichts tue gegen den Kapitalabfluss, der täglich, jährlich in der Bundesrepublik Deutschland dazu führt, dass Kapital woandershin abwandert, dann werde ich dieses Kapital nie wieder zurückholen können. Das ist mein alter Satz: Ist es günstiger, 25 % auf X zu kriegen, statt 42 % auf gar nix? Das ist sehr schwer zu vermitteln.

Wenn ich mich aber in die Mechanismen dieser Finanzmarktlogik hineinbegebe, dann kann ich umso kompetenter ein Thema auf die Tagesordnung setzen, das mich sehr beschäftigt, nämlich der Risikofaktor, der durch Hedgefonds ausgelöst wird. Dies werde ich aber nur international lösen können. Dies werde ich auch nicht dadurch lösen können, indem ich mich in Deutschland auf die Apfelsinenkiste des öffentlichen Marktplatzes begeben und sehr martialisch, sehr aggressiv fordere: „Diese Hedgefonds müssen jetzt alle reguliert werden!“ Das ist für das zuhörende Publikum gut, für den Beifall eines Nachmittags ist es auch gut, nur: Bewirken werde ich damit gar nichts.

Der richtige Weg ist der, den wir gegangen sind, zunehmend durch Überzeugungskraft für die deutsche Präsidentschaft bei G7 und G8, im Werben bei den USA und im Werben beim Vereinigten Königreich, nämlich dafür Sorge

zu tragen, dass zum ersten Mal die Frage einer höheren Transparenz von Hedgefonds auf die Tagesordnung von G7 und G8 geraten ist. Das ist erfolgsversprechender, vielleicht auch deshalb, weil das Verständnis woanders in der Welt dafür gewachsen ist. Wenn man unter dem Eindruck steht, wie in den USA, dass ein großer Hedgefond wie Amaranth fünf Milliarden Dollar über Termingeschäfte mit Gas verbrannt hat, dann steigt langsam die politische Sensibilität dafür, dass da in einem Dominosteineffekt eines Tages weltweit eine Erosion, eine Dynamik einsetzen könnte. Und dass man sich vielleicht doch auf internationaler Ebene mit der Frage beschäftigt, wie man hier eine größere Transparenz und Abstimmung und eines Tages vielleicht sogar ein koordiniertes Verfahren zwischen Finanzmarktaufsichtsbehörden hinbekommt. Das ist der richtige Weg, und ich denke, den sollte die deutsche Sozialdemokratie gehen.

Meine Damen und Herren, es bleibt festzuhalten: Wir müssen die öffentlichen Investitionen in Zukunftsbereiche stärker erhöhen. Wir müssen allerdings auch genau sagen, von welcher Stelle wir denn das nötige Geld her bekommen bzw. wo wir es einsparen wollen. Dass beides – solide Staatsfinanzen und mehr Zukunftsinvestitionen - gelingen kann, dafür gibt es einen kleinen Beleg mit Blick auf dieses Jahr.

Diese große Koalition, maßgeblich auch durch das Drängen von Franz Müntefering als Vizekanzler, hat gleich zu Beginn des Jahres gesagt, dass es keinen Sinn macht, nur die Melodie der Konsolidierung anzustimmen, wenn wir nicht gleichzeitig in der Lage sind, Impulse für Wachstum und Beschäftigung zu geben. Das ist in diesem Jahr gelungen und es ist für 2007 absehbar, dass es uns noch mal gelingt. Das ist das, was ich dann versucht habe, in die so genannte „doppelte Tonlage“ zu übertragen, also das eine zu tun, ohne das andere zu lassen. Und es wird mehr denn je solche Verbindungen geben, weil wir es mit einer teilweise ambivalenten, manchmal auch widersprüchlichen Welt zu tun haben.

Das, meine Damen und Herren, waren einige meiner Anregungen. Ich bin jetzt für die Debatte, weil ich sehe, dass einem die Zeit davonläuft. Ich bin auf manche Aspekte gar nicht eingegangen, z. B., was die Bedeutung des deutschen Mittelstandes und seine Finanzierung betrifft, welche Bedeutung dabei das dreisäulige deutsche Kreditwesen hat, was übrigens eine hochaktuelle Frage gerade in unseren Verhandlungen mit Brüssel ist. Ich füge hinzu, es könnte gelingen, bis Weihnachten einen Durchbruch und eine Lösung zu haben, die diese dritte Säule, den öffentlich-rechtlichen Bereich, absichert.

Sie sehen, gelegentlich gelingt politisch doch mehr, als uns bei manchen Bilanzen über die Arbeit der SPD vorgelegt wird. Herzlichen Dank.